

Freie Demokraten

Landesverband
Hamburg **FDP**

Antragsbuch des

125.

Landesparteitages

der FDP
Hamburg

18. April 2026

#fdpHH125

Inhaltsverzeichnis

Antrag		Seite
A2601/01	Olympia & Paralympics in Hamburg – Eine große Chance für die ganze Stadt Landesvorstand FDP Hamburg, Gerhold Hinrichs-Henkensiefken, Leif Schrader	1
A2601/02	Technologieoffenheit sichern – Versorgungssicherheit stärken: Small Modular Reactors für Hamburg prüfen LFA 8 Natur-, Klima- und Umweltschutz, Kristina von Ehren, Jutta Krümmer, Burkhardt Müller-Sönksen	3
A2601/03	Keine staatliche Finanzierung für Meldestellen Bezirksverband Eimsbüttel	6
A2601/04	Tasereinsatz durch die Polizei Bezirksverband Eimsbüttel	7
A2601/05	Wirtschaftliche Souveränität durch Marktwirtschaft: Hamburg 2030 – Wohlstand sichern, Potentiale entfesseln Landesfachausschuss Wirtschaft	8
A2601/06	Datenschutz- und Internetpflichten für kleine Betriebe praxistauglich gestalten Bezirksverband Eimsbüttel	12
A2601/07	Keine Pflicht zur elektronischen Arbeitszeiterfassung Bezirksverband Eimsbüttel	14
A2601/08	Mehr bezahlbarer Wohnraum, mehr Privat-, weniger Staatswirtschaft Bezirksverband Eimsbüttel	16
A2601/09	Deutscher werden? - Juden, Frauen und LGBTQIA+ achten Bezirksverband Eimsbüttel	18

A2601/10	Unabhängige Zivilgesellschaft stärken – staatliche NGO-Finanzierung zurückführen und Spendenkultur fördern Bezirksverband Eimsbüttel	20
A2601/11	Solardächer: Freiheit statt Pflicht Harri Porten, Christoph Schmidt, Wolfgang Ploss, Stjepan Filipovic, Christoph Witt, Stephan Freund	22
A2601/12	Aufbruch zu einer neuen Erinnerungskultur beim Lernen Ralph Brückner	24
A2601/13	Krankenhausreform aktiv gestalten – Ambulante Versorgung in Hamburg gezielt stärken. Volle Transparenz über die Auswirkungen auf Standorte, Leistungsgruppen, Beschäftigte und Patienten. LFA Gesundheit	29
A2601/14	Sicherheit ist Kernaufgabe – keine Einsparungen bei Polizei, Feuerwehr und Rettungsdiensten! Leif Schrader, Max Hauptmann	31
A2601/15	Öffnung der Bundeswehr für nicht-deutsche Staatsangehörige Felix Strauß, LFA 1	34

125. FDP-Landesparteitag, 18. April 2026

Antragsteller:

Gerhold Hinrichs-Henkensiefken
Leif Schrader
Landesvorstand

Drs.: A2601/01

Ja
Nein
Enthaltungen

Angenommen
Ja
Nein
Überwiesen

1 **Olympia & Paralympics in Hamburg – Eine große Chance für die ganze Stadt**

2 Der Landesparteitag möge beschließen:

3 Hamburg ist ein international anerkannter Gastgeber sportlicher Großveranstaltungen.
4 Internationale Ereignisse wirken über den Tag hinaus in unsere Gesellschaft hinein. Wir
5 Freie Demokraten wollen eine Rückbesinnung auf traditionelle Werte der Organisation
6 und Durchführung von Sportgroßereignissen – ökonomisch, ökologisch, humanitär und
7 nachhaltig.

8 Die Vergabe der Großereignisse muss demokratisch legitimiert und transparent ablaufen.
9 Wir Freie Demokraten unterstützen jede Bewerbung Hamburgs, die von diesem Grundsatz
10 getragen ist und die Bevölkerung einbezieht. Dies gilt auch für eine deutsche Bewerbung mit
11 Hamburg als Gastgeber Olympischer Sommerspiele.

12 Wir Freie Demokraten wollen Spiele, die wirtschaftlich solide, ökologisch verantwortbar und
13 demokratisch legitimiert organisiert sind. Das vorliegende Bewerbungskonzept für die
14 Ausrichtung olympischer und paralympischer Sommerspiele 2036, 2040, 2044 bietet dafür
15 die Voraussetzungen. Mit Hamburg als Gastgeber kann Deutschland gewinnen. Die Spiele
16 beschleunigen nachhaltig die Entwicklung unserer Stadt, wenn das Konzept nach dem
17 Zuschlag konsequent umgesetzt wird. Es verbindet die Entwicklung des Spitzen- und
18 Breitensports mit der notwendigen Modernisierung der Infrastruktur.

19 **Wir Hamburger Freie Demokraten empfehlen die Zustimmung zur Bewerbung beim**
20 **Referendum am 31. Mai 2026.**

21 Dafür gibt es gute Argumente:

- 22 • Die ganze Stadt präsentiert sich bei den Spielen. Das weltgrößte Sportereignis in unserer
23 schönen Stadt wird die internationale Bekanntheit Hamburgs als Wirtschaftsmetropole
24 und Sportstadt dauerhaft steigern.
- 25 • Spitzensport und Breitensport werden gleichermaßen gefördert. Das Konzept sieht die
26 Modernisierung der bestehenden Sportanlagen vor und macht Hamburg als Sportstadt
27 wettbewerbsfähiger. 100 Sportanlagen werden als Trainingsstätten für die Spiele

- 28 ertüchtigt. Die Einrichtungen der temporär vorgesehenen Sportstätten werden nach den
29 Spielen an anderen Orten in der Stadt weiter genutzt. Dies kommt vor allem den
30 Sportvereinen zugute.
- 31 • Die Modernisierung der Verkehrswege ist vorgesehen. Der Zuschlag für die Spiele kann
32 die Realisierung des geplanten U- und S-Bahnbaus beschleunigen, wenn der Bund sein
33 Versprechen zur bevorzugten Förderung der Infrastruktur einlöst. Nur so können der
34 Bahnhof, der Flughafen und das Bahnnetz den olympischen Spitzen standhalten. Alle
35 olympischen Verkehre werden mit ÖPNV und Shuttlediensten abgewickelt. Auf exklusive
36 Olympic Lanes wird verzichtet. Damit bleibt die Stadt zugänglich.
 - 37 • Das Konzept sieht eine Kette von Parks vom Volkspark bis Allermöhe vor, die dem
38 Stadtklima dienen und neue Flächen dauerhaft für Freizeitnutzungen schaffen.
 - 39 • Die Neubauten Leichtathletikstadion (nach den Spielen Umbau zum Fußballstadion) und
40 Sportdome werden privatwirtschaftlich errichtet und betrieben und nach den Spielen
41 dauerhaft multifunktional genutzt.
 - 42 • Die Kosten zur Durchführung der Spiele sind nach dem Vorbild der erfolgreichen Spiele in
43 Paris aus dem Jahr 2024 vorsichtig kalkuliert.
 - 44 • Die Bundesregierung hat sich im Unterschied zu 2015 zur gemeinsamen finanziellen
45 Verantwortung für die Ausrichtung der Spiele bekannt. Die Durchführung der Spiele wird
46 nach Auswahl der Ausrichterstadt ein gesamtdeutsches Projekt. Der Bund wird nach dem
47 Zuschlag Prioritäten für die Förderung der Infrastruktur in der Ausrichterstadt setzen. Nur
48 wenn Hamburg gewinnt, gehen diese Mittel in den Norden.
 - 49 • Das IOC unterliegt einem Kulturwandel: Seit den Pariser Spielen sind alle Verträge und
50 die sich daraus ergebenden Verpflichtungen, Garantien und Haftungsregelungen
51 einsehbar. Dieser Maßstab gilt auch für Hamburg.
- 52 Unsere Empfehlung steht jedoch unter klaren Erwartungen und wird durch diese bedingt:
- 53 • Die Spiele müssen sicher sein. Insoweit sind die internen Sparüberlegungen des Senats
54 für Polizei und Feuerwehr kontraproduktiv und sofort zu stoppen.
 - 55 • Die frühestmögliche Einstellung der finanziellen Zusagen des Bundes in dessen
56 Haushaltsplanungen ist für eine rechtzeitige Planungssicherheit essentiell.
 - 57 • Die vollständige Transparenz ist unabdingbar bezüglich sämtlicher privater
58 Projektvergaben, Vertragsgestaltungen der Stadt, auch gegenüber dem Bund, anderen
59 Bundesländern, dem DOSB und dem IOC, inkl. aller Kostenplanungen und
60 Zwischenständen.

125. FDP Hamburg – Landesparteitag, 18. April 2026

Antragsteller:

LFA 8 Natur-, Klima- und Umweltschutz
Kristina von Ehren, Jutta Krümmer,
Burkhardt Müller-Sönksen

Drs.: A2601/02

Ja
Nein
Enthaltungen

Angenommen
Ja
Nein
Überwiesen

1 Technologieoffenheit sichern – Versorgungssicherheit stärken: Small Modular Reactors für Hamburg prüfen

3 Der Landesparteitag möge beschließen:

4 Die FDP Hamburg fordert die Hamburgische Bürgerschaft und den Senat auf:

5 1. Technologieoffene Energiepolitik sicherstellen

6 Die Energiepolitik Hamburgs so auszurichten, dass alle klimafreundlichen
7 Technologien ergebnisoffen geprüft werden – einschließlich moderner Kernenergie.

8 2. Rechtliche Voraussetzungen schaffen

9 Sich auf Bundes- und EU-Ebene dafür einzusetzen, dass die Prüfung, Planung und
10 perspektivisch auch der Bau von Small Modular Reactors (SMRs) in Deutschland
11 ermöglicht wird.

12 3. Machbarkeit für Hamburg konkret prüfen

13 Eine wissenschaftlich fundierte Machbarkeitsstudie zu potenziellen Standorten –
14 insbesondere im Hafengebiet (z. B. Moorburg) – zu beauftragen.

15 4. SMRs strategisch einbeziehen

16 Den möglichen Einsatz von SMRs als Ergänzung im Energiemix zu prüfen,
17 insbesondere für:

- 18 • industrielle Energieversorgung
- 19 • Wasserstoffproduktion
- 20 • Fern- und Prozesswärme

21

22 5. Forschung und Innovation stärken

23 Hamburg als Standort für Forschung an Reaktoren der neuen Generation und
24 Kernfusion gezielt weiterzuentwickeln.

Begründung

1. Ausgangslage: Hohe Abhängigkeit und steigender Bedarf

Hamburg ist in besonderem Maße auf eine sichere Energieversorgung angewiesen:

- hoher Stromverbrauch bei vergleichsweise geringer Eigenerzeugung
- strukturelle Importabhängigkeit
- steigender Bedarf durch Industrie, Hafen, Wärmewende und Digitalisierung

Der Ausbau erneuerbarer Energien bleibt zentral, reicht jedoch allein nicht aus, um Versorgungssicherheit und Preisstabilität jederzeit zu gewährleisten.

2. Versorgungssicherheit und Wettbewerbsfähigkeit sichern

Für eine Industriemetropole wie Hamburg sind entscheidend:

verlässliche Energieverfügbarkeit

wettbewerbsfähige Preise

planbare Rahmenbedingungen

Energieintensive Branchen sowie der Hafen benötigen kontinuierlich verfügbare

Energie. Eine einseitige Abhängigkeit von volatilen Energiequellen erhöht Risiken für Wirtschaft und Arbeitsplätze.

3. SMRs als mögliche Ergänzung

Small Modular Reactors können einen Beitrag leisten:

- CO₂-arme, wetterunabhängige Stromerzeugung
- Bereitstellung von Grundlast und flexibler Leistung
- Unterstützung bei der Stabilisierung des Energiesystems
- geringerer Flächenbedarf im Vergleich zu anderen Energieformen

Sie stellen keine Alternative, sondern eine Ergänzung zu erneuerbaren Energien dar.

4. Chancen für Hamburgs Industrie und Infrastruktur

SMRs bieten konkrete Einsatzmöglichkeiten:

- Versorgung energieintensiver Industrie
- Unterstützung der Wasserstoffproduktion
- Energieversorgung im Hafen
- Nutzung für Fernwärme durch Kraft-Wärme-Kopplung

Damit können sie zur Sicherung von Wertschöpfung und Beschäftigung beitragen.

5. Flächeneffizienz als Standortvorteil

Als Stadtstaat ist Hamburg auf effiziente Flächennutzung angewiesen. SMRs benötigen im Verhältnis zur Energieerzeugung deutlich weniger Fläche und können in bestehende Industrieareale integriert werden.

6. Sachliche Prüfung statt Vorfestlegung

Die Nutzung von SMRs ist mit offenen Fragen verbunden, etwa bei:

- regulatorischen Rahmenbedingungen
- gesellschaftlicher Akzeptanz
- Entsorgung

- Wirtschaftlichkeit

Gerade deshalb ist eine **ergebnisoffene, wissenschaftlich fundierte Prüfung** notwendig.

Hamburg steht vor einer tiefgreifenden Transformation seiner Energieversorgung. Der Ausbau erneuerbarer Energien bleibt unverzichtbar. Gleichzeitig erfordern Versorgungssicherheit, Klimaschutz und wirtschaftliche Stärke einen technologieoffenen Ansatz. Small Modular Reactors bieten die Chance, den Energiemix sinnvoll zu ergänzen. Diese Option sollte Hamburg verantwortungsvoll prüfen – statt sie von vornherein auszuschließen.

125. FDP-Landesparteitag, 18. April 2026

Antragsteller:

Bezirksverband Eimsbüttel

Drs.: A2601/03

Ja
Nein
Enthaltungen

Angenommen
Ja
Nein
Überwiesen

1 **Keine staatliche Finanzierung für Meldestellen**

2 Der Landesparteitag möge beschließen

3 Wir fordern, die staatliche Finanzierung von Meldestellen für nicht-strafbare Aussagen zu
4 beenden, um die freie Meinungsäußerung zu verteidigen.

Begründung

Als FDP verteidigen wir die Meinungsfreiheit für eine Gesellschaft mündiger Bürger.

Öffentlich seine Meinung zu sagen, ist Voraussetzung für politische Willensbildung. Deshalb ermutigen wir alle Bürger, Stellung zu beziehen, ihre Meinung zu äußern und sich offen und frei an der öffentlichen Diskussion zu beteiligen. Nur so funktionieren Gesellschaft und Demokratie - und nicht mit privaten Meldestellen, bei denen Bürger denunziert und öffentlich an den Pranger gestellt werden.

Wir fordern die Abschaffung der staatlichen Finanzierung von Meldestellen für nicht-strafbare Meinungsäußerung. In einem Rechtsstaat sind sie überflüssig. Wessen Rechte verletzt wurden, der kann Anzeige erstatten. Die FDP fordert deshalb, dass die staatliche Förderung für den Zweck, nicht strafbare Meinungsäußerung zu erfassen, eingestellt wird.

Meldestellen untergraben den Willen zum offenen Meinungs Austausch. Wenn jemand etwas sagt, das nicht strafbar ist, dann darf ihm daraus kein Nachteil entstehen. Der Staat muss gegenüber den Bürgern sein Handeln immer rechtfertigen. Im Zweifel gilt die Unschuldsvermutung. Eine Meldestelle für nicht strafbare Aussagen unterstellt jedoch einen Generalverdacht gegenüber Bürgern.

Das Missbrauchspotenzial jeder Meldestelle ist enorm. Darüber hinaus ermöglicht ein einmal etablierter gesetzlicher Rahmen durch kleine Anpassungen die Verfolgung jeglicher unliebsamen, kritischen Meinung. Das Ziel ist legitim, Minderheiten zu schützen. Die Methode ist jedoch völlig inakzeptabel und bewirkt genau das Gegenteil, nämlich die Gesellschaft zu spalten.

125. FDP-Landesparteitag, 18. April 2026

Antragsteller:

Bezirksverband Eimsbüttel

Drs.: A2601/04

Ja
Nein
Enthaltungen

Angenommen
Ja
Nein
Überwiesen

1 **Tasereinsatz durch die Polizei**

2 Der Landesparteitag möge beschließen

3 Freiheit ist das höchste Gut unserer Gesellschaft. Nur durch Sicherheit im öffentlichen Raum
4 ist diese Freiheit zu ermöglichen. Ein gut ausgestatteter Polizeivollzugsdienst ist
5 Grundvoraussetzung für die Durchsetzung der Rechtsordnung und somit für die Wahrung
6 der Sicherheit unverzichtbar.

7 In Situationen, in denen die Beamten mit gewaltbereiten Individuen konfrontiert sind, ist eine
8 Schließung der Lücke zwischen Reizstoff-Sprühgerät und der Schusswaffe notwendig.

9 Daher fordern wir die Ausstattung der Beamten des Polizeivollzugsdienstes mit Tasern
10 (Distanzelektroimpulsgeräten). Diese sollen von allen Beamten, die möchten, im
11 Streifendienst getragen werden. Um einen zurückhaltenden, auf Situationen der
12 gegenwärtigen und erheblichen Gefahr beschränkten Einsatz von

13 Distanzelektroimpulsgeräten sicherzustellen und das Bewusstsein für die Schwere des
14 Eingriffs bei anwendenden Beamten zu stärken, besteht bereits eine Dokumentations- und
15 Begründungspflicht für Einsatzkräfte.

16 Die Ausbildung an den Tasern hat in Ausbildungslehrgängen für alle anwendenden Beamten
17 zu erfolgen.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

125. FDP-Landesparteitag, 18. April 2026

Antragsteller:

Landesfachausschuss Wirtschaft

Drs.: A2601/05

Ja
Nein
Enthaltungen

Angenommen
Ja
Nein
Überwiesen

1 **Wirtschaftliche Souveränität durch Marktwirtschaft: Hamburg 2030 – Wohlstand** 2 **sichern, Potentiale entfesseln**

3 Der Landesparteitag möge beschließen:

4 Die FDP Hamburg verabschiedet die nachfolgenden zentralen Forderungen als verbindliche
5 Leitlinie für die wirtschaftspolitische Arbeit der Partei.

6 **Status quo**

7 Noch steht Hamburg wirtschaftlich stabil da – aber die Substanz erodiert. Das Wachstum ist
8 schwach, die Produktivität stagniert, die Investitionsquote liegt hinter führenden
9 Metropolregionen zurück. Die großen Herausforderungen sind strukturell, nicht konjunkturell.
10 Hafen, Industrie und Wohnstandort stehen im Wettbewerb mit anderen Metropolen.
11 Ineffizienz wird hier unmittelbar bestraft.

12 Zusätzlich zieht der erfolgreiche „Hamburger Zukunftsentscheid“ von 2025 die
13 Klimaneutralität auf 2040 vor. Dies löst unter anderem im Hamburger Gebäudesektor einen
14 Investitionsbedarf von schätzungsweise 40 bis 54 Milliarden Euro aus. Zusätzlich fallen
15 massive Investitionen in allen großen wirtschaftlichen Bereichen an. Ohne starke
16 wirtschaftliche Impulse wird diese Last aufgrund von Mietsteigerungen zu einer sozialen
17 Zerreißprobe auf dem Wohnungsmarkt und zu einer extremen Belastung des städtischen
18 Haushalts.

19 Insbesondere vier Problemfelder behindern eine positive wirtschaftliche Entwicklung:

20 **1. Demographie und Fachkräftemangel**

21 Hamburg altert – zwar nicht ganz so dramatisch wie andere Großstädte, aber auch hier fehlt
22 zunehmend der Nachwuchs an Ingenieuren, Handwerkern und technischen Fachkräften.
23 Projekte scheitern nicht am Geld, sondern an personellen Kapazitäten. Ohne Fachkräfte gibt
24 es keine Infrastruktur, keinen Wohnungsbau, keine Transformation. Die Stadt Hamburg steht
25 im direkten Wettbewerb um Talente und bindet aufgrund der spezifischen Attraktivität des

26 öffentlichen Dienstes knappe Fachkräfte in administrativen Rollen. Diese Ressourcen fehlen
27 der Hamburger Wirtschaft für die notwendige Innovationsdynamik.

2. Wachstumsschwäche durch Infrastrukturprobleme

28 Der Hafen bleibt ein zentraler Standortfaktor, liegt im Wachstum aber hinter der
29 ARA-Nordrange zurück: 2024 erreichte Hamburg 7,8 Mio. TEU, Rotterdam 13,8 Mio. TEU
30 und Antwerpen-Bruges 13,5 Mio. TEU. Der Abstand zu den beiden führenden Nordseehäfen
31 hat sich damit deutlich vergrößert. Gleichzeitig erzwingt das Vorziehen der Klimaziele durch
32 den Zukunftsentscheid hohe Investitionen. Ohne spürbare Produktivitätsfortschritte drohen
33 steigende Standortkosten, geringere Investitionsbereitschaft und mittelfristig
34 Beschäftigungsrisiken – insbesondere in energie- und flächenintensiven Branchen.

3. Transparenzdefizite und fiskalische Risiken

35 Im „Konzern Hamburg“ sind zahlreiche städtische Unternehmensbeteiligungen gebündelt.
36 Die Struktur umfasst hunderte Beteiligungen und bündelt damit erhebliche finanzielle
37 Risiken. Gleichzeitig erschweren Quersubventionen zwischen einzelnen Bereichen die
38 Transparenz über tatsächliche Kosten. Dies kann Wettbewerb verzerren und macht eine
39 klare Prioritätensetzung sowie öffentliche Kontrolle komplexer.
40

4. Genehmigungsstau und Bürokratiebremsen

42 Planungs- und Genehmigungsverfahren dauern zu lange und bremsen Investitionen in
43 Wohnungsbau, Infrastruktur und Gewerbe. Für Investoren und Bauherren entsteht dadurch
44 hohe Unsicherheit über Kosten, Zeitpläne und Genehmigungsrisiken. Das verteuert Projekte,
45 verzögert diese und schwächt damit die Investitionsdynamik am Standort.

46 Vor diesem Hintergrund stellt die FDP Hamburg folgenden Forderungen auf, um die
47 Wirtschaft Hamburgs erfolgreich in die nächsten Jahre zu bringen:

1. Demographie & Fachkräfte

48 Der Mangel an Ingenieuren und Handwerkern ist die größte Wachstumsbremse.

- 49 • **Ingenieur-Partnerschaften:** Wir fordern die Stadt auf, Planungsleistungen der Stadt
50 so weit wie möglich an private Ingenieurbüros auszulagern („Planungs-
51 Privatisierung“).
- 52 • **Meister-Gleichstellung:** Die Kostenfreiheit der Meisterausbildung ist für uns keine
53 Sozialleistung, sondern eine Investition in die Substanz der Stadt und eine Frage der
54 Fairness im Vergleich zur kostenlosen Hochschulausbildung für Akademiker.
- 55 • **Fachkräfte-Fast-Track:** Die Hamburger Wissenschaftsbehörde muss in
56 Zusammenarbeit mit der Wirtschaft die Initiative und Koordination für eine
57 beschleunigte Anerkennung ausländischer Abschlüsse und gezielte MINT-
58 Zuwanderung übernehmen.

59 2. Infrastruktur

- 60 • **Schiene:** Wir fordern den Planungsstopp für den Verbindungsbahntlastungstunnel
61 (VBT), solange die Umsetzung ohnehin nicht realistisch ist. Stattdessen setzen wir in
62 einem pragmatischen ersten Schritt auf die vollständige Ausrüstung des Netzes mit
63 digitaler Signaltechnik (ETCS Level 3). Dies steigert die Kapazität um 30 % bei
64 deutlich geringerem Planungs- und Umsetzungsaufwand. Angesichts des
65 Ingenieurmangels können wir uns diese jahrzehntelangen Tunnelbauwerke nicht
66 leisten, da die knappen personellen Ressourcen damit gebunden würden.
- 67 • **Hafen:** Die neue Köhlbrandquerung muss als Hochbrücke realisiert werden. Da der
68 Bundeshaushalt keine Erhöhung des Seehafenlastenausgleichs zulässt, fordern wir
69 für dieses Vorhaben eine strikte Priorisierung innerhalb des Hamburger
70 Investitionshaushalts.

71 3. Transparenz & Haushaltsdisziplin

72 Als Liberale wissen wir: Transparenz verhindert Fehlallokationen. Hamburg kontrolliert
73 372 Beteiligungen mit einer Bilanzsumme von über 55 Mrd. Euro. Viele der Beteiligungen
74 sind wirtschaftspolitisch zweifelhaft, häufig werden Verluste bei einer Beteiligung mit
75 Gewinnen aus einer anderen Beteiligung verrechnet (Quersubventionierung), dies ist
76 rechtlich möglich und der Sinn eines Konzernabschlusses, verschleiert aber für den
77 Gebührenzahler, wo seine Abgaben schlussendlich bleiben.

- 78 • **Transparenz im Stadtkonzern:** Der Senat soll eine jährliche öffentliche
79 Bilanzkonferenz des Stadtkonzerns einführen. Ziel ist es, Quersubventionierungen (z.
80 B. Energiegewinne, die Verluste im ÖPNV ausgleichen) für Bürger verständlich
81 darzustellen und die tatsächlichen Haftungsrisiken der Stadt sichtbar zu machen. Die
82 Risiken der Stadt sind letztlich die Risiken der Hamburger Bürger – entsprechend
83 besteht ein Anspruch auf Transparenz.
- 84 • **Fokus auf Kernaufgaben der Daseinsvorsorge:** Durch einen mittelfristigen
85 Rückzug aus wettbewerblichen Randbereichen (z. B. Consulting, Immobilien-
86 Nebengeschäfte der SAGA) soll die Stadt ihre wirtschaftlichen Aktivitäten und ihr
87 Kapital stärker auf die Kernbereiche öffentlicher Daseinsvorsorge – insbesondere
88 Verwaltung, hoheitliche Aufgaben und Infrastruktur – konzentrieren.

89 4. Effizientere Verwaltung und schnellere Verfahren

90 Auch in Zeiten der reformierten, größtenteils abgeschafften Schuldenbremse gibt es
91 keine Geschenke. Unsere Finanzierungslogik lautet: Priorisierung durch Aufgabenkritik.

- 92 • **Effizienzrendite Digitalisierung:** Die Einführung von MODUL-F in der Verwaltung
93 senkt die konsumtiven Sachkosten. MODUL-F ist ein Hamburger Low-Code-
94 Baukasten, mit dem Verwaltungsmitarbeiter digitale Anwendungen für interne Abläufe
95 ohne Programmierkenntnisse effizient selbst erstellen können. Dies senkt die
96 Sachkosten, da teure externe Software-Entwicklungen vermieden und
97 papiergebundene Prozesse durch automatisierte digitale Module ersetzt werden.

- 98
- 99
- 100
- 101
- 102
- 103
- 104
- **CO₂-Vermeidungskosten-Check:** Klimaschutzmaßnahmen werden systematisch nach ihrer Effizienz (Euro pro eingesparter Tonne CO₂) bewertet und priorisiert. Wir fordern ein betriebswirtschaftliches Effizienz-Ranking aller Klimaschutzmaßnahmen. Mittel dürfen nur dort fließen, wo die geringsten Vermeidungskosten (Euro pro Tonne CO₂) die größte Wirkung für das Klima erzielen. Teure Symbolprojekte werden so vermieden und Mittel gezielt für wirksame Maßnahmen wie die energetische Sanierung des Wohnungsbestands eingesetzt.
- 105
- 106
- 107
- 108
- 109
- 110
- 111
- 112
- **Genehmigungsfristen mit Haftungswirkung:** Um Bauvorhaben trotz Personalmangels in den Bauämtern zu beschleunigen, werden verbindliche Genehmigungsfristen mit Haftungswirkung eingeführt. Wird ein Bauantrag nicht innerhalb der gesetzlich vorgesehenen Frist entschieden, entsteht ein Anspruch auf Schadenersatz gegenüber der zuständigen Behörde. Dies setzt Anreize für effizientere Prozesse – etwa durch Digitalisierung, vereinfachte Vorschriften und die Straffung weniger relevanter Prüfschritte – und verhindert, dass Antragsteller die finanziellen Folgen langwieriger und bürokratischer Verfahren tragen müssen.

125. FDP-Landesparteitag, 18. April 2026

Antragsteller:

Bezirksverband Eimsbüttel

Drs.: A2601/06

Ja
Nein
Enthaltungen

Angenommen
Ja
Nein
Überwiesen

1 **Datenschutz- und Internetpflichten für kleine Betriebe praxistauglich gestalten**

2 Der Landesparteitag möge beschließen

3 Kleine und mittlere Unternehmen stehen zunehmend vor hohen bürokratischen Anforderungen im
4 Datenschutz- und Digitalrecht. Viele dieser Verpflichtungen verursachen erheblichen Aufwand,
5 obwohl das tatsächliche Risiko der Datenverarbeitung in kleinen Betrieben häufig gering ist. Ziel ist
6 daher ein Regelwerk, das den Schutz von Verbraucherinnen und Verbrauchern gewährleistet, ohne
7 kleine Unternehmen unverhältnismäßig zu belasten.

8 Es wird gefordert:

9 Einführung klarer Schwellenwerte im Datenschutzrecht, um Unternehmen mit geringem
10 Datenschutzrisiko von umfangreichen Dokumentationspflichten und der Pflicht zur Bestellung eines
11 Datenschutzbeauftragten zu entlasten.

12 Begrenzung der barrierefreien Webseitenanforderungen nach dem BFSG auf Betriebe mit mehr als
13 50 Beschäftigten, um kleine Unternehmen nicht mit unverhältnismäßigen technischen Vorgaben zu
14 belasten.

15 Überarbeitung der Informationspflichten nach Art. 13 DSGVO, insbesondere für Betriebe, deren
16 Datennutzung sich auf klar abgegrenzte, notwendige Vorgänge wie die Auftragsabwicklung
17 beschränkt.

18 Ein verpflichtender KMU-Test für neue Digital- und Transparenzpflichten, bei dem die betroffenen
19 Branchenverbände frühzeitig eingebunden werden, um unverhältnismäßige Bürokratielasten zu
20 vermeiden.

Begründung

In vielen Kleinbetrieben – insbesondere im Handwerk – ist der bürokratische Aufwand für
Datenschutz- und Internetpflichten hoch, obwohl die Datenverarbeitung oft einfach und transparent
ist. Die derzeitige Rechtslage führt zu einem Aufwand, der in keinem Verhältnis zum Risiko steht.
Gleichzeitig können neue Anforderungen, etwa durch das Barrierefreiheitsstärkungsgesetz, für
kleine Unternehmen trotz formaler Ausnahmen praktische Überforderung bedeuten.

Ziel ist ein moderner, risikobasierter Rechtsrahmen, der Schutz und Praktikabilität miteinander verbindet und kleine Betriebe nicht überlasten.

125. FDP-Landesparteitag, 18. April 2026

Antragsteller:

Bezirksverband Eimsbüttel

Drs.: A2601/07

Ja
Nein
Enthaltungen

Angenommen
Ja
Nein
Überwiesen

1 Keine Pflicht zur elektronischen Arbeitszeiterfassung

2 Der Landesparteitag möge beschließen

3 Die FDP setzt sich auf nationaler wie europäischer Ebene dafür ein, dass kleine Unternehmen nicht
4 durch unverhältnismäßige Vorgaben zur elektronischen Arbeitszeiterfassung belastet werden. Wir
5 wollen eine Arbeitswelt, die auf Vertrauen, Eigenverantwortung und Freiheit setzt – nicht auf
6 pauschale Misstrauensbürokratie. Deshalb fordern wir:

- 7 1. Keine generelle Pflicht zur elektronischen Arbeitszeiterfassung für Betriebe unter 50
8 Mitarbeitenden. Kleine Unternehmen sollen weiterhin selbst entscheiden können, ob sie
9 einfache und kostengünstige Dokumentationsformen – etwa handschriftliche
10 Aufzeichnungen oder Excel-Tabellen – nutzen.
- 11 2. Eine flexible und differenzierte Ausgestaltung der Arbeitszeiterfassung, die moderne
12 Arbeitszeitmodelle wie Vertrauensarbeitszeit schützt statt verhindert. Gesetzliche Vorgaben
13 müssen klare, aber praxistaugliche Rahmenbedingungen bieten.
- 14 3. Eine gesetzliche Klarstellung zur Verhältnismäßigkeit, insbesondere für Betriebe mit
15 geringem Risiko für Arbeitszeitmissbrauch. Wo direkte Arbeitsverhältnisse und kurze
16 Entscheidungswege bestehen, darf der Gesetzgeber nur einen minimalen
17 Erfassungsaufwand erwarten.
- 18 4. Eine verbindliche KMU-Folgenabschätzung für alle zukünftigen Regelungen zur
19 Arbeitszeiterfassung, um bürokratische Belastungen frühzeitig zu erkennen und zu
20 vermeiden.

21 Kleine und mittlere Unternehmen – vom Handwerk über den Einzelhandel bis zur
22 Kreativwirtschaft – leben von Flexibilität und Vertrauen. Eine starre Pflicht zur elektronischen
23 Dokumentation würde hohe Kosten, unnötige Bürokratie und einen Bruch mit gewachsenen
24 Arbeitskulturen bedeuten. Der zusätzliche Aufwand steht in keinem Verhältnis zum
25 tatsächlichen Nutzen.

26 Wir Liberale setzen auf Freiwilligkeit statt Zwang, auf Vertrauen statt Misstrauen und auf eine
27 Arbeitswelt, die sich an den Realitäten des Mittelstands orientiert. Unser Ziel ist klar: Mehr Freiheit
28 und weniger Bürokratie für die Betriebe, die unser Land tragen.

Begründung

Erfolgt mündlich.

125. FDP-Landesparteitag, 18. April 2026

Antragsteller:

Bezirksverband Eimsbüttel

Drs.: A2601/08

Ja
Nein
Enthaltungen

Angenommen
Ja
Nein
Überwiesen

1 Mehr bezahlbarer Wohnraum, mehr Privat-, weniger Staatswirtschaft

2 Der Landesparteitag möge beschließen

3 Der Senat der Freien und Hansestadt Hamburg wird aufgefordert, den Bau von bezahlbarem
4 Wohnraum künftig verstärkt durch gemeinnützige Wohnungsgenossenschaften zu fördern. Hierzu
5 soll insbesondere sichergestellt werden, dass Genossenschaften und privatwirtschaftliche
6 Investoren bei der Vergabe und Beschaffung städtischer Flächen gegenüber staatlich beherrschten
7 Marktteilnehmern bevorzugt berücksichtigt werden.

8 Darüber hinaus ist sicherzustellen, dass die bestehenden Förderinstrumente und Vergabeverfahren
9 so ausgestaltet werden, dass gemeinnützige Genossenschaften faire und realistische Chancen bei
10 der Entwicklung neuer Wohnbauprojekte erhalten.

11 Insbesondere fordert die FDP Hamburg:

- 12 1. Eine bevorzugte Vergabe geeigneter städtischer Grundstücke an gemeinnützige
13 Wohnungsgenossenschaften und private Investoren gegenüber staatlichen
14 Wohnungsbaugesellschaften im Rahmen transparenter und wettbewerblicher Verfahren.
- 15 2. Die Überprüfung und Anpassung bestehender Förderprogramme, um Genossenschaften
16 stärker in die Lage zu versetzen, neuen bezahlbaren Wohnraum zu schaffen.
- 17 3. Eine Beendigung struktureller Wettbewerbsvorteile staatseigener Wohnungsunternehmen
18 gegenüber genossenschaftlichen und privaten Wohnungsanbietern.
- 19 4. Die Entwicklung einer langfristigen Strategie des Senats zur Stärkung genossenschaftlichen
20 Wohnens und gemeinnütziger Wohnungseigentümergeinschaften als tragende Säule des
21 Hamburger Wohnungsmarktes.

Begründung

„Der Staat ist der schlechteste aller Vermieter.“ Dieses ordnungspolitische Leitmotiv liberaler Wohnungspolitik bleibt auch für Hamburg richtig.

Der Staat sollte nicht selbst als dominanter Akteur auf dem Wohnungsmarkt auftreten, sondern die Rahmenbedingungen so gestalten, dass vielfältige und funktionierende Strukturen entstehen können. Gerade gemeinnützige Wohnungsgenossenschaften haben sich über Jahrzehnte als stabile, sozial verantwortliche und wirtschaftlich nachhaltige Anbieter von Wohnraum bewährt. Sie stehen für langfristige Mietstabilität, eine hohe Identifikation der Bewohner mit ihrem Wohnumfeld und verantwortungsvolle Bewirtschaftung. Auch andere privatwirtschaftliche Investoren, vom „Häuslebauer“ über Baugemeinschaften bis hin zu Wohnungsbauunternehmen stellen in der Regel Wohnraum effizienter und den unterschiedlichen Bedarfen angemessener bereit als staatliche Wohnungsbaugesellschaften.

In Hamburg jedoch nimmt der staatseigene Wohnungsbestand – insbesondere durch das Unternehmen SAGA und GWG (ehemals Neue Heimat) – eine immer stärkere Rolle ein. Durch privilegierten Zugang zu Grundstücken, politische Unterstützung sowie finanzielle Rückendeckung des Senats entsteht eine strukturelle Wettbewerbsverzerrung gegenüber Genossenschaften und anderen privatwirtschaftlichen Wohnungsmarktakteuren.

Gerade Genossenschaften leisten einen erheblichen Beitrag zur Schaffung und zum Erhalt bezahlbaren Wohnraums. Sie verbinden wirtschaftliche Solidität mit sozialer Verantwortung und sichern langfristig stabile Mietstrukturen ohne kurzfristige Renditeinteressen.

Der Senat sollte deshalb seine Rolle stärker als Ermöglicher verstehen und gezielt diejenigen Akteure stärken, die dauerhaft bezahlbaren Wohnraum schaffen können. Eine bevorzugte Vergabe städtischer Flächen an Genossenschaften und andere private Investoren ist hierfür ein wirksames Instrument.

Die Stärkung der Vielfalt von Anbietern auf dem Wohnungsmarkt und insbesondere der genossenschaftlicher Wohnformen trägt dazu bei, mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, soziale Stabilität in den Quartieren zu fördern und zugleich eine liberale, wettbewerbliche Struktur des Wohnungsmarktes zu sichern.

125. FDP-Landesparteitag, 18. April 2026

Antragsteller:

Bezirksverband Eimsbüttel

Drs.: A2601/09

Ja
Nein
Enthaltungen

Angenommen
Ja
Nein
Überwiesen

1 Deutscher werden? - Juden, Frauen und LGBTQIA+ achten

2 Der Landesparteitag möge beschließen

- 3 1. Der Einbürgerungstest wird um offene Fragen ergänzt, in welchem der Prüfling sein
4 Verhältnis zum deutschen Rechtssystem sowie der freiheitlich demokratischen
5 Grundordnung darlegen muss. Nur wer unser Grundgesetz in allen seinen Facetten achtet,
6 darf Deutscher werden;
- 7 2. Neben des schriftlichen Teils des Tests ist eine mündliche Prüfung obligatorisch, in welcher
8 eine politische und weltanschaulich unabhängige Kommission des Bundesamtes für
9 Migration und Flüchtlinge ein Interview durchführt, in welchem die Haltung des Prüflings,
10 insbesondere zu den drei oben genannten Personengruppen und die Vereinbarkeit dieser
11 Haltung mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes überprüft
12 wird;
- 13 3. Die Kommission hat bei einem hinreichend begründeten Verdacht der mangelnden
14 Verfassungstreue des Bewerbers Erkenntnisse des Verfassungsschutzes und der anderen
15 Nachrichtendienste einzuholen. Die übrigen Bestimmungen bezüglich der Nicht-
16 Einbürgerung nach strafrechtlicher Verurteilung eines Anwerbers gelten weiterhin. Straftäter
17 oder andere Gefährder dürfen keine Staatsbürger werden.
- 18 4. Vor dem Test dürfen keine Fragen bezüglich der Haltung zu den drei oben genannten
19 Personengruppen bei Probetests zur Verfügung gestellt werden, sodass sich der Prüfling
20 nur selbst auf die Prüfung vorbereiten kann und nur seine eigene Meinung vertritt.

Begründung

Der Einbürgerungstest ist ein wesentlicher Bestandteil des formalen Integrationsprozesses für jeden Ausländer, der Deutscher werden möchte – die Verleihung der deutschen Staatsbürgerschaft ist für viele einstige Ausländer, Migranten und Flüchtlinge, ein aus Jahren harter Arbeit resultierender Erfolg und eine Möglichkeit, ein vollständiger Teil des Deutschen Volks sowie der Deutschen Gesellschaft zu werden. Eine Staatsbürgerschaft ist nicht ein Schritt auf dem Weg der Integration, es ist der Abschluss.

Der Einbürgerungstest besteht momentan aus 33 Multiple-Choice Fragen, welche Kenntnisse über deutsche Geschichte, Kultur und das Rechtssystem prüfen sollen.

Seit mehreren Jahren ist es gleichzeitig zu beobachten, dass vermehrt Menschen aus muslimischen Ländern im Nahen Osten trotz Verleihung der deutschen Staatsbürgerschaft das deutsche Rechtssystem und die in Deutschland geltenden Regeln nicht anerkennen. Durch diese Personen werden – neben der freiheitlich-demokratischen Grundordnung – besonders drei Personengruppen gefährdet: Juden, Frauen und LGBT-Personen.

Seit dem Hamas-Überfall am 7. Oktober ist die Anzahl der antisemitischen Übergriffe massiv gestiegen. Es ist in radikal-islamischen Kreisen eine stark erhöhte Femizidrate zu verzeichnen, dies ist unter anderem auf das Konzept des Ehrenmordes zurückzuführen. Des Weiteren ist der Hass gegen LGBTQIA+-Personen im islamistischen Milieu weit verbreitet. Kein Mensch, der diese drei Gruppen von Menschen diskriminiert und das deutsche Rechtssystem nicht anerkennt, darf deutscher Staatsbürger werden.

Um dagegen zu wirken muss der Einbürgerungstest gemäß der oben aufgeführten Forderungen reformiert werden.

125. FDP-Landesparteitag, 18. April 2026

Antragsteller:

Bezirksverband Eimsbüttel

Drs.: A2601/10

Ja
Nein
Enthaltungen

Angenommen
Ja
Nein
Überwiesen

1 **Unabhängige Zivilgesellschaft stärken – staatliche NGO-Finanzierung zurückführen** 2 **und Spendenkultur fördern**

3 Der Landesparteitag möge beschließen

4 Nichtregierungsorganisationen (NGO) sind ihrem Selbstverständnis nach Teil der Zivilgesellschaft
5 und sollen unabhängig vom Staat agieren. In den vergangenen Jahren ist jedoch der Umfang
6 staatlicher Förderprogramme für politisch aktive NGOs deutlich gewachsen. Dadurch entstehen
7 zunehmend finanzielle Abhängigkeiten, die die notwendige Trennung zwischen staatlichem Handeln
8 und zivilgesellschaftlicher Interessenvertretung verwischen.

9 Die FDP setzt sich daher für eine Neuordnung der Rahmenbedingungen ein, um die
10 Unabhängigkeit der Zivilgesellschaft zu stärken.

11 Dazu sollen:

- 12 • staatliche Förderprogramme für vorwiegend politisch tätige Nichtregierungsorganisationen
13 überprüft und schrittweise deutlich reduziert werden,
- 14 • institutionelle Dauerfinanzierungen vorwiegend politischer NGOs durch staatliche Mittel
15 perspektivisch beendet werden,
- 16 • staatliche Mittel nur dort eingesetzt werden, wo Organisationen klar definierte öffentliche
17 Aufgaben im Auftrag des Staates erfüllen.

18 Parallel dazu soll die Finanzierung zivilgesellschaftlicher Organisationen stärker auf freiwillige
19 Beiträge aus der Gesellschaft gestützt werden. Die FDP setzt sich deshalb für eine grundlegende
20 Modernisierung des Spendenrechts ein.

21 Insbesondere sollen:

- 22 • steuerliche Regelungen für Spenden deutlich vereinfacht werden,
- 23 • digitale Spendenprozesse erleichtert werden,
- 24 • Kleinspenden unbürokratischer steuerlich berücksichtigt werden können,
- 25 • eine breite Spendenkultur durch geeignete steuerliche Rahmenbedingungen gestärkt
26 werden.

27 Ziel ist eine klare Trennung zwischen staatlicher Politik und unabhängiger Zivilgesellschaft
28 sowie eine stärkere gesellschaftliche Beteiligung an der Finanzierung zivilgesellschaftlichen
29 Engagements.

Begründung

Deutschland verfügt über eine vielfältige und engagierte Zivilgesellschaft. Zahlreiche Organisationen leisten Beiträge in Bereichen wie Umwelt, Menschenrechte, Entwicklungspolitik, Bildung oder sozialem Engagement.

Gleichzeitig ist in den vergangenen Jahren der Umfang staatlicher Förderprogramme für NGOs stark gewachsen. Viele Organisationen erhalten inzwischen erhebliche Mittel aus öffentlichen Haushalten. Diese Entwicklung kann zu strukturellen Abhängigkeiten führen und Zweifel an der tatsächlichen Unabhängigkeit zivilgesellschaftlicher Akteure hervorrufen.

Eine liberale Ordnung lebt davon, dass Staat, Parteien und Zivilgesellschaft ihre jeweiligen Rollen klar wahrnehmen. Politische Meinungsbildung gehört in Parteien, Parlamente und gesellschaftliche Debatten – nicht in staatlich finanzierte Vorfeldstrukturen.

Zivilgesellschaftliches Engagement sollte daher stärker durch die Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger selbst getragen werden. Internationale Beispiele zeigen, dass eine breite Spendenkultur eine tragfähige Grundlage für gesellschaftliches Engagement sein kann.

Deutschland hat hier Nachholbedarf. Spendenverfahren sind häufig bürokratisch, steuerliche Regelungen komplex und digitale Spendenprozesse bislang nur begrenzt integriert.

Ein modernes, einfaches Spendenrecht würde:

- bürgerschaftliches Engagement stärken,
- die Finanzierung zivilgesellschaftlicher Organisationen verbreitern,
- ihre Unabhängigkeit sichern,
- und Bürokratie reduzieren.

Der Staat sollte gute Rahmenbedingungen für gesellschaftliches Engagement schaffen – jedoch nicht selbst zum dauerhaften Hauptfinanzier politischer Interessenorganisationen werden.

125. FDP-Landesparteitag, 18. April 2026

Antragsteller:

Harri Porten, Christoph Schmidt, Wolfgang Ploss,
Stjepan Filipovic, Christoph Witt, Stephan Freund

Drs.: A2601/11

Ja
Nein
Enthaltungen

Angenommen
Ja
Nein
Überwiesen

1 Solardächer: Freiheit statt Pflicht

2 Der Landesparteitag möge beschließen:

- 3 Die FDP Hamburg fordert die Abschaffung der im Hamburger Klimaschutzgesetz seit dem 1. Januar
4 2024 verankerten Pflicht zur Installation von Solardächern bei Neubauten und wesentlichen
5 Dachsanierungen. An ihre Stelle tritt eine konsequent freiwillige, marktwirtschaftlich orientierte
6 Lösung: Die Entscheidung über Installation, Zeitpunkt und Dimensionierung von
7 Photovoltaikanlagen liegt ausschließlich bei Bauherren und Eigentümern.

Begründung

Die Solardachpflicht ist Ausdruck eines Verwaltungsstaates, der Bürgern technologische Detailentscheidungen vorschreibt, statt auf Eigenverantwortung und Innovationskraft zu setzen. Ein liberaler Leistungsstaat definiert Ziele wie Klimaschutz und Versorgungssicherheit, überlässt aber den Weg dorthin denjenigen, die investieren, bauen und wirtschaften. Zwang ersetzt keine Effizienz, sondern verhindert sie.

Photovoltaik kann im Einzelfall sinnvoll sein, taugt aber nicht als pauschale Pflicht. In Norddeutschland liegt die reale Auslastung im Jahresmittel bei unter 10 Prozent der installierten Leistung. Gleichzeitig entstehen immer häufiger Überkapazitäten mit negativen Strompreisen – ein klares Zeichen volkswirtschaftlicher Fehlsteuerung. In Dunkelflauten hingegen muss weiterhin auf konventionelle Energieträger zurückgegriffen werden. Das Problem ist daher nicht der Ausbau an sich, sondern seine mangelnde Systemintegration. Eine Pflicht verschärft diese Fehlallokation.

Hinzu kommt, dass die Solardachpflicht Bauen und Sanieren zusätzlich verteuert – in einer Stadt wie Hamburg, die ohnehin unter massivem Wohnungsmangel leidet. Jede zusätzliche Regulierung erhöht die Baukosten, jede Kostensteigerung wird auf Mieter und Käufer umgelegt, und jede Verpflichtung verzögert Investitionen. Wer bezahlbaren Wohnraum will, darf ihn nicht gleichzeitig durch immer neue Vorschriften verhindern.

Zugleich führt die Pflicht in eine zunehmende Abhängigkeit von staatlichen Fördermechanismen. Die Wirtschaftlichkeit vieler Anlagen hängt maßgeblich von politisch gesetzten Rahmenbedingungen wie der Einspeisevergütung ab, die jederzeit verändert werden können. Investitionen werden dadurch künstlich gesteuert, Eigentümer in ein System regulatorischer Unsicherheit gedrängt. Ein marktwirtschaftlicher Ansatz setzt dagegen auf Wirtschaftlichkeit aus sich heraus und nicht auf staatlich garantierte Renditen.

Der Hamburger Senat setzt zudem auf sichtbare Symbolpolitik statt auf wirksame Maßnahmen zur Sicherung der Energieversorgung. Der massive Ausbau volatiler Erzeugung ohne entsprechenden Ausbau von Speichern, Netzen und steuerbarer Leistung verschärft die Instabilität des Systems. Photovoltaik auf jedem Dach ersetzt keine durchdachte Energieinfrastruktur.

Hinzu kommt ein erhebliches Glaubwürdigkeitsproblem: Nur rund 2 Prozent der Gebäude im Besitz der Stadt Hamburg oder ihrer Unternehmen verfügen bislang über Solardächer. Selbst Vorzeigeprojekte wie Karlshöhe wurden bislang nicht entsprechend ausgestattet. Ein Staat, der seine eigenen Möglichkeiten nicht nutzt, verliert jede Legitimation, Bürger zu verpflichten. Vorbild statt Vorschrift wäre das richtige Signal.

Schließlich verstärkt die Solardachpflicht geopolitische und ethische Abhängigkeiten. Ein Großteil der Photovoltaik-Wertschöpfung, insbesondere bei Polysilizium, liegt in China. Die hohe Importabhängigkeit und Berichte über problematische Arbeitsbedingungen in den Lieferketten werfen erhebliche Fragen auf. Eine staatlich erzwungene Nachfrage verschärft diese Abhängigkeiten zusätzlich, ohne dass Bürger darauf Einfluss nehmen können.

Die Solardachpflicht ist damit klimapolitisch ineffizient, wirtschaftlich belastend und ordnungspolitisch falsch. Sie steht für einen Staat, der Vorschriften erlässt, statt Lösungen zu ermöglichen. Die FDP Hamburg setzt dem ein klares Gegenmodell entgegen: Freiheit, Eigenverantwortung und technologieoffenen Wettbewerb. Nur so entstehen die Innovationen und Investitionen, die eine klimaneutrale Energieversorgung tatsächlich ermöglichen.

125. FDP-Landesparteitag, 18. April 2026

Antragsteller:

Ralph Brückner

Drs.: A2601/12

Ja
Nein
Enthaltungen

Angenommen
Ja
Nein
Überwiesen

1 **Aufbruch zu einer neuen Erinnerungskultur beim Lernen**

2 Der Landesparteitag möge beschließen:

3 Lernfähigkeit und die Fähigkeit, neues Wissen zu schaffen und schnell in die Praxis
4 umzusetzen, sind heute Schlüssel zum Erfolg. Damit Hamburg sich im internationalen Vergleich
5 behauptet, brauchen wir daher einen an der Zukunft orientierten Willen
6 zur Innovation. Ziel sollte sein, sich in einer von der Wissenschaft, KI und Technik gemachten Welt
7 des 21. Jahrhunderts nicht nur zurechtfinden zu können und unsere Welt in ihrer weiteren
8 Entwicklung zu verstehen, sondern auch, sie so mitzugestalten, dass die Technik unser Leben
9 erleichtert und unsere Selbstständigkeit bis ins hohe Alter so erhält, dass wir uns dabei wohlfühlen.

10 Leider war die Erinnerungskultur des deutschen Bildungs- und Forschungssystems
11 sehr lange mit sich selbst beschäftigt, um die Folgen der Wiedervereinigung und der
12 anschließenden Migration zu bewältigen. Daran haben auch die internationalen PISA-Studien wenig
13 geändert. Nach dieser Phase der Vergangenheitsorientierung geht es jetzt deshalb darum, den
14 Übergang ins 21. Jahrhundert zu schaffen.

15 Dafür brauchen wir den Aufbruch zu einer neuen Erinnerungskultur beim Lernen.
16 Sie sollte alle Generationen von jung bis alt gleichermaßen motivieren und unsere
17 bewährten Traditionen und unser Know-how zukunftsorientiert mit dem Willen zur
18 Innovation verbinden. Diese neue Kultur des Lernens braucht Reformen, die auf das
19 Leben im 21. Jahrhundert vorbereiten und das Lernen leichter und verständlicher
20 machen, Lernbarrieren abbauen und umschalten von einer reinen Prüfungskultur auf eine neue
21 Erinnerungskultur, die nicht immer nur punktuelle Höchstleistungen belohnt und längst Bekanntes
22 wiederholt, sondern auch zukunftsorientiertes Innovationsvermögen und andauerndes
23 Lernverhalten honoriert.

24 **MINT-Fächer motivieren und mit neuen Bildungsstandards reformieren.**

25 Wir sehen uns als FDP auf europäischer Ebene sowie in den Hamburger Bezirken und bundesweit
26 in der außerparlamentarischen Opposition als moderne Fortschrittspartei, die sich in ihrer
27 Öffentlichkeitsarbeit als treibende Kraft an der Gestaltung unserer Zukunft beteiligt. Deshalb
28 begrüßen wir die Umstrukturierung des „Bundesministeriums für Forschung, Technologie und
29 Raumfahrt“ (BMFTR). Mit der Wieder-aufnahme der Mondmissionen der NASA kommt dieser neue
30 Fokus auf die Raumfahrt wieder in Gang und bietet die Perspektive, aus dieser Forschung neues
31 Wissen abzuleiten – u.a. zur Förderung der Gesundheit, körperlichen Robustheit und
32 Resilienz. Diese Forschung könnte auch als Innovationsschub künftig im All neue Rohstoff-
33 Ressourcen erschließen und eröffnet eine neue Ära der Wissenschafts-
34 orientierung. Sie gibt dem Aufstiegsversprechen in den MINT-Fächern der Schulen und
35 Hochschulen im wahrsten Sinne des Wortes neuen Auftrieb, erfordert zugleich aber neue
36 Bildungsstandards. Denn das stark verschulte Bachelor-/ Master-System kann diesen Ansprüchen
37 nicht mehr genügen und muss daher von Grund auf
38 reformiert werden.

39 **Allgemeine Grundsätze einer Bildungsreform – nicht nur für die MINT-Fächer.**

40 Unsere Schülerinnen und Schüler, Auszubildenden, Studierenden und älteren
41 Erwachsenen, die lernen und sich weiterbilden, sind nicht bloß Gäste an unseren
42 Schulen und Hochschulen, sondern für unsere nachhaltige Entwicklung system-
43 relevant. Ihre Motivation etwas Großartiges zu leisten, ihre Eigeninitiative und ihr
44 Engagement, sich in Prozesse der Willens- und Meinungsbildung einzubringen und
45 Reformen mitzutragen, verdienen Respekt und sind gemeinsam mit der Kompetenz
46 der Lehrenden ein kreativer Pool, aus dem wir in Zukunft unsere Werte schöpfen.
47 Diesen kreativen Pool sollten wir durch Stärkung der Kräfte unserer Selbst-
48 organisation jetzt neu beleben:

49 **1. Die Aufklärung über den Sinn und Zweck des Lernens ist unverzichtbar.**

50 Lernmotivation braucht Zukunftsorientierung, damit alle Beteiligten wissen,
51 wohin die Reise geht und warum das, was sie lernen sollten, sinnvoll ist. So
52 können die Lernenden in jeder Lebensphase selbst über ihren persönlichen
53 Weg dorthin mitentscheiden und sich mit eigenen Projekten daran beteiligen.

54 **2. Forschendes Lernen durch Freie Module und Innovationskollegs fördern.**

55 Darauf warten, mit fertigen Lerninhalten abgeholt zu werden, heißt oft lange
56 warten, wenn es um innovative Lösungen geht. Dann ist es besser, selbst aktiv
57 zu werden und forschendes Lernen durch Einführung von Innovationskollegs
58 und Freien Modulen zu fördern. Dort sollte es bereits Anfängern möglich sein, gleich zu
59 Beginn an eigenen Projekten zu forschen und eigene Lernziele selbst
60 zu erarbeiten. Forschendes Lernen ist Science Education und gibt sich nicht
61 mit vorgefertigten Antworten zufrieden, sondern stellt da die Fragen, wo die
62 Antworten noch nicht bekannt sind. Es ist bereit, eigene Lerngewohnheiten zu korrigieren,
63 um eigenes Wissen zu produzieren.

- 64 **3. Besseres Verstehen durch vertieftes Lernen mit Erinnerungswert.**
65 Informationen und Texte mit ChatGPT suchen, sammeln und schreiben liefert mehr
66 Informationen, aber nicht immer ein besseres Verstehen, warum etwas
67 so ist, und ob das, was da zu lesen ist, heute auch noch aktuell, richtig und
68 akzeptabel ist. Um daher eigenes Wissen mit Erinnerungswert zu produzieren, geht es
69 darum, Texte kritisch zu beurteilen und das Bedeutsame so auszu-
70 wählen, dass es zum vertieften Lernen so überarbeitet werden kann, dass diese Inhalte mit
71 den eigenen konkreten Lebenserfahrungen vereinbar sind und mit
72 eigenen Worten formuliert werden können.
- 73 **4. Fachübergreifende Teamarbeit schafft neues Wissen.**
74 Neues Wissen entsteht heute fachübergreifend und interdisziplinär. Arbeits-
75 teilung beschleunigt zwar die Arbeitsabläufe, erzeugt aber auch Bereiche, für
76 die niemand zuständig ist. Gerade diese Grenzbereiche aber sind für gemischte,
77 fachübergreifende Teams mit neuen Fragestellungen Neuland der Innovation, weil dort so
78 noch nichts bearbeitet wurde und Ungewohntes zu Neuem inspiriert.
- 79 Wachsen verschiedene Bereiche zusammen, wird Arbeitsteilung, bei der
80 jeder nur für seine Abteilung zuständig ist, zum kontraproduktiven Hindernis. Teamarbeit in
81 Gruppen gemischter Kompetenzen ist daher eine Keimzelle
82 der Innovation und sollte schon in der Schule und in der Ausbildung bereichsübergreifend
83 geübt und institutionell ermöglicht werden. Auch das geplante Science Center in Bahrendorf
84 sollte mit den Fachbereichen am Cassirer
85 Campus durch interdisziplinäre Updates des Programms STiNE vernetzt sein.
- 86 **5. Mehr technische Bildung für Humanistische Gymnasien und Fachbereiche.**
87 Lange waren die Humanistischen Fächer an den Gymnasien und Hochschulen wie die
88 Klassische Philologie Vorbilder der Allgemeinbildung. Jetzt sind sie für den Kulturaustausch
89 nach wie vor unverzichtbar, bleiben aber von der technischen Bildung ausgeschlossen und
90 dadurch zunehmend im Hintergrund. Die Integration humanistischer Fächer an den
91 Technischen Hochschulen wie etwa in Nürnberg ist daher ein neues Modell, das wir auch
92 umgekehrt für vielversprechend halten. Denn die Aktualität technischer Bildungsinhalte
93 sichert die Zukunft des Humanistischen Gymnasiums. Fortbildungskurse am Rechenzentrum
94 in der Schlüterstraße speziell für die humani-stischen Fächer halten wir auch für den
95 richtigen Weg, um das Kursangebot am Rechenzentrum und die technische
96 Allgemeinbildung neu zu beleben.
- 97 **6. Fortschritte und Defizite offenlegen durch den geschichtlichen Vergleich.**
98 Wissen, wie etwas entsteht, ob etwas neu ist und ob das Neue auch besser ist, verdeutlicht
99 erst der historische Vergleich. Die Konvention der MINT-Fächer,
100 auf die Kenntnis der eigenen Geschichte zu verzichten, hemmt daher ihren Fortschritt und
101 sollte durch Integration ihrer Wissenschaftsgeschichte reformiert werden.
102 Wissenschaftsgeschichte zeigt, dass Wissenschaft Menschenwerk ist, und macht die
103 Probleme, Defizite und Resultate der Forschung verständlicher.

- 104 **7. Das Sprachenlernen liberalisieren.**
105 Um sich in der Welt des 21. Jahrhunderts zurechtzufinden, zielt eine neue Kultur des
106 Lernens auch darauf, möglichst viele Sprachen zu verstehen und Sprachen immer wieder
107 neu lernen zu können. Daher sollte hierzulande jeder zumindest Deutsch sowie Englisch als
108 Fremdsprache bzw. Sprache der Wissenschaft beherrschen. Das Sprachenlernen sollte
109 dazu freizügiger gestaltet werden, insbesondere die Barrieren beim Zugang zu den
110 Sprachkursen gilt es abzubauen. Vor allem bei älteren Erwachsenen sollte die Motivation zur
111 Teilnahme und die tatsächliche Sprachkompetenz wichtiger sein als Prüfungsleistungen.
112 Denn gerade für ältere Erwachsene ist das Erlernen einer Sprache ein lohnender Anreiz,
113 sich geistig fit zu halten und aktiv am öffentlichen Alltagsleben teilzuhaben und im Idealfall
114 sogar selber mit der eigenen Lebenserfahrung als Lehrperson tätig
115 zu werden.
- 116 **8. Für eine öffentliche Beteiligung an der Kultur des Lernens.**
117 Um in einer Kultur des Lernens lebenslang auf dem Laufenden zu bleiben,
118 brauchen wir eine stärkere öffentliche Beteiligung der Institutionen und Medien. Dort sollte
119 im hilfsbereiten Erfahrungsaustausch der Generationen technisches und sprachliches
120 Alltagswissen aufgefrischt werden. Modelle dafür sind z.B. die Volkshochschulen und das
121 Hamburger Kontaktstudium für ältere Erwachsene, aber auch KI-gesteuerte
122 Konversationstechniken, Inspirationen durch interaktive Videogames, hirngerechte
123 Memotechniken, Online-Kurse und Kurse in den
124 öffentlich-rechtlichen Medien, die für die interessierte Öffentlichkeit ausgebaut und vermehrt
125 zugänglich sein sollten. Denn es ist interessanter, im Erfahrungsaustausch voneinander zu
126 lernen, als die älteren Generationen in Heimen
127 ohne geistige und körperliche Ertüchtigung einfach nur aufzubewahren.
- 128 **9. Den Mathematik-Unterricht reformieren.**
129 Damit auch die Mathematik wieder mehr Spaß macht und zum Mitmachen motiviert, sollte
130 die rein formalistische Denkweise verabschiedet werden, bei der es auf das Verstehen gar
131 nicht ankommt, sondern nur darauf, Regeln anzuwenden und richtig zu rechnen. Mit dieser
132 abstrakten Denkweise wurden Computer und KI-Systeme gebaut, die schnell rechnen, sogar
133 lernen, aber die Sprache der Mathematik gar nicht verstehen.
- 134 Eine Reform des Verstehens im Mathematik-Unterricht sollte daher zunächst verdeutlichen,
135 dass es verschiedene, sogar unvereinbare mathematische Denkweisen gibt und welche
136 Denkweisen und Mathematikerschulen das sind.
- 137 Dabei sollte auch der Unterschied zwischen Mathematik und Alltagswelt zur Sprache
138 kommen und gezeigt werden, dass manche Mathematiker von der Vielfalt der
139 Erfahrungswelt so sehr abstrahieren, dass sich ihre Logik zum Schwarz-Weiß-Denken ver-
140 engt. Solch ein Denken akzeptiert bei Gegensätzen nur das Entweder-Oder und kennt dabei
141 keine Gemeinsamkeiten und keine dritte Möglichkeit, sondern funktioniert nach dem (im
142 politischen Wahlkampf) bekannten Rezept:
143 Etwas ist (nur) deshalb gut, weil das Gegenteil schlecht ist.

144 Die verschiedenen Mathematikerschulen sollten zunächst als beispielhafte Modelle
145 erarbeitet werden, danach aber auch im konkreten historischen Bezug zu den berühmten
146 Mathematiker-Persönlichkeiten wie Leibniz, Euler, Gauss, Riemann, Hilbert, Brouwer, Hermann
147 Weyl usw. Künftige Lehrer der Mathematik sollten dazu nicht nur die mathematischen Lehrbücher
148 als Sekundärliteratur studieren, sondern auch
149 (in einer Textauswahl) die grundlegenden Schriften der berühmten Mathematiker selbst. Dadurch
150 lernen sie die Problemlösung im konkreten Kontext der mathematischen Entdeckung zu verstehen
151 und können einschätzen, wie sehr die Resultate später bei der überarbeiteten Präsentation wieder
152 verändert wurden. Dieser Vergleich der Anfangsversion mit der axiomatisierten Endfassung macht
153 das mathe-matische Denken transparent und ermöglicht ein forschendes Verstehen der
154 Geschichte mathematischer Probleme, das mehr wissen will, als in den Lehrbüchern steht.

Begründung

erfolgt mündlich

125. FDP-Landesparteitag, 18. April 2026

Antragsteller:

LFA Gesundheit

Drs.: A2601/13

Ja
Nein
Enthaltungen

Angenommen
Ja
Nein
Überwiesen

1 **Krankenhausreform aktiv gestalten – Ambulante Versorgung in Hamburg gezielt**
2 **stärken. Volle Transparenz über die Auswirkungen auf Standorte, Leistungsgruppen,**
3 **Beschäftigte und Patienten.**

4 Der Landesparteitag möge beschließen:

5 Die FDP Hamburg fordert den Senat und insbesondere die Sozialsenatorin auf, im Zuge der
6 bundesweiten Krankenhausreform unverzüglich eine eigenständige, transparente und
7 zukunftsorientierte Strukturplanung für Hamburg vorzulegen. Unsere Stadt trägt Verantwortung für
8 die medizinische Versorgung einer ganzen Metropolregion – dieser Verantwortung muss der Senat
9 endlich gerecht werden.

10 Ziel muss es sein, Hamburgs leistungsfähige Krankenhauslandschaft zu sichern, Spezialisierung zu
11 stärken und gleichzeitig die ambulante Versorgung konsequent auszubauen.

12 Konkret fordert die FDP Hamburg:

13 1. **Vorlage eines verbindlichen Hamburger Strukturplans**, der transparent darlegt:

- 14 • Welche Standorte und Leistungsgruppen betroffen sind
15 • Wie Hamburg seine Rolle als Maximalversorger für die Metropolregion sichert
16 • Wie Investitions- und Planungssicherheit für alle Träger gewährleistet wird

17 2. **Konsequente Stärkung ambulanter Versorgungskonzepte**, insbesondere durch:

- 18 • Ausbau sektorenübergreifender Versorgungszentren
19 • Förderung ambulanter Operationen und spezialisierter Ambulanzen
20 • Bessere Verzahnung zwischen stationärem und ambulantes Bereich
21 • Abbau regulatorischer Hürden für innovative Versorgungsmodelle

22 3. **Erhalt von Wettbewerb und Trägervielfalt** als Garant für Qualität und Innovation.

23 4. **Entbürokratisierung und Planungssicherheit** für Krankenhäuser und ambulante
24 Leistungserbringer.

25 Die Krankenhausreform darf nicht zu Versorgungslücken oder wirtschaftlicher Unsicherheit führen.
26 Strukturveränderungen müssen mit tragfähigen ambulanten Alternativen einhergehen.

Begründung:

Die bundesweite Krankenhausreform wird erhebliche strukturelle Auswirkungen auf die Hamburger Versorgungslandschaft haben. Als Metropolregion trägt Hamburg Verantwortung weit über die Stadtgrenzen hinaus und versorgt Patientinnen und Patienten aus ganz Norddeutschland. Der Senat bleibt bislang eine klare Strategie schuldig. Das ist politisch fahrlässig, zu zögerlich und zu riskant. Gesundheit ist für die Hamburger FDP kein Verwaltungsakt, sie ist Daseinsvorsorge.

Die FDP Hamburg steht für Qualität, Wettbewerb, Innovation, Eigenverantwortung und für eine wirtschaftlich stabile Versorgungsstruktur. Wir wollen Qualität durch Spezialisierung, Entlastung durch Ambulantisierung und Sicherheit durch klare politische Entscheidungen.

Der Hamburger Senat darf die Reform nicht lediglich verwalten. Hamburg braucht eine aktive gesundheitspolitische Strategie, die Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und medizinische Qualität gleichermaßen in den Mittelpunkt stellt. Hamburg braucht jetzt einen klaren Kurs – bevor aus Reform Verunsicherung wird.

125. FDP-Landesparteitag, 18. April 2026

Antragsteller:

Leif Schrader, Max Hauptmann

Drs.: A2601/14

Ja
Nein
Enthaltungen

Angenommen
Ja
Nein
Überwiesen

1 **Sicherheit ist Kernaufgabe – keine Einsparungen bei Polizei, Feuerwehr und** 2 **Rettungsdiensten!**

3 Der Landesparteitag möge beschließen:

4 Die Hamburger FDP lehnt die vom Senat geplanten Sparmaßnahmen im Bereich von
5 Polizei, Feuerwehr und Rettungswesen entschieden ab.

6 Der Senat wird aufgefordert, diese von pauschalen Haushaltskürzungen auszunehmen und
7 deren Finanzierung langfristig und verlässlich sicherzustellen.

8 Einschnitte, welche die Einsatzfähigkeit, Präsenz und Attraktivität der Sicherheitsbehörden
9 beeinträchtigen, sind zu unterlassen. Dies gilt insbesondere für strukturelle Maßnahmen wie
10 die Abschaffung spezialisierter Einheiten – etwa der Hubschrauberstaffel – sowie für
11 Einschränkungen bei Ausbildung, Personal und Ausstattung.

12 Der Senat wird aufgefordert, stattdessen Einsparpotenziale außerhalb der staatlichen
13 Kernaufgaben konsequent zu identifizieren und zu nutzen.

14 Der Landesparteitag bekräftigt: Die Gewährleistung der inneren Sicherheit ist zentrale
15 Aufgabe des Staates und darf nicht Gegenstand kurzfristiger Sparpolitik sein.

Begründung

Hamburg steht vor erheblichen finanziellen Herausforderungen, die eine verantwortungsvolle Haushaltskonsolidierung erforderlich machen. Aus liberaler Sicht ist jedoch klar: Der Staat muss sich auf seine Kernaufgaben konzentrieren. Die innere Sicherheit – also der Schutz von Leben, Freiheit und Eigentum – gehört unzweifelhaft dazu.

Die derzeit diskutierten Maßnahmen im Bereich von Polizei und Feuerwehr bzw.

Rettungswesen stehen im Widerspruch zu diesem Grundsatz und gefährden die Sicherheit in der Stadt auf mehreren Ebenen.

1. Feuerwehr: Gefährdung der Zukunftsfähigkeit

Die geplante Einstellung der externen Nachwuchsgewinnung ab 2027 ist ein gravierender Einschnitt. Eine Feuerwehr, die keinen externen Nachwuchs mehr ausbildet, verliert langfristig ihre personelle Grundlage. In Zeiten steigender

Anforderungen – etwa durch Bevölkerungswachstum, Klimarisiken oder Großveranstaltungen – ist dies ein sicherheitspolitisch nicht vertretbares Signal. Hinzu kommt die diskutierte erhebliche Ausweitung der Arbeitszeit. Eine Erhöhung von zwei auf drei 24-Stunden-Dienste pro Woche würde die Belastungsgrenze der Einsatzkräfte deutlich überschreiten. Übermüdung und Überlastung erhöhen das Risiko von Fehlern – mit potenziell lebensgefährlichen Konsequenzen im Einsatz.

2. Polizei: Substanzielle Schwächung der Einsatzfähigkeit

Die geplante Abschaffung ganzer Einheiten wie der Reiter- und insbesondere der Hubschrauberstaffel bedeutet einen erheblichen Verlust an Fähigkeiten.

Luftunterstützung ist in vielen Einsatzlagen – von Fahndungen bis zu Großschadensereignissen – unverzichtbar. Ein Verzicht darauf führt zu längeren Reaktionszeiten und geringerer Effektivität.

Auch die Situation beim Fuhrpark ist besorgniserregend: Wenn Einsatzfahrzeuge nicht mehr instandgesetzt werden und stattdessen auf mangelhafte Leihfahrzeuge oder sogar private Fahrzeuge zurückgegriffen wird, ist dies ein deutliches Zeichen struktureller Unterfinanzierung. Dies beeinträchtigt nicht nur die Einsatzfähigkeit, sondern auch die Professionalität staatlichen Handelns.

3. Personalabbau und weniger Präsenz

Die geplante Nicht-Nachbesetzung von 400 Stellen bis 2028 führt zwangsläufig zu weniger sichtbarer Polizeipräsenz. Gleichzeitig sollen Aufgaben teilweise von Beamten übernommen werden, die dann für operative Tätigkeiten fehlen.

Auch Maßnahmen wie der Abbau von Überstunden statt deren Auszahlung sowie Einschränkungen bei freiwilligen Arbeitszeitverlängerungen verschärfen die Personalsituation zusätzlich. Das Ergebnis ist eine geringere Präsenz im öffentlichen Raum – mit direkten Auswirkungen auf das subjektive Sicherheitsgefühl der Bevölkerung.

4. Arbeitszeitverlängerung und Überlastung

Die geplante Erhöhung der Wochenarbeitszeit auf 42 Stunden (bzw. faktisch bis zu 50 Stunden im Schichtdienst) ist ein Versuch, strukturelle Personalprobleme durch Mehrbelastung der vorhandenen Kräfte zu kompensieren. Dies ist weder nachhaltig noch verantwortbar.

Eine solche Politik führt zu steigenden Krankenständen, sinkender Motivation und langfristig zu einem Attraktivitätsverlust des Berufs – mit negativen Folgen für die Nachwuchsgewinnung.

5. Sinkende Attraktivität des Dienstes

Das Aussetzen von Beförderungen sowie Zweifel an einer verfassungsgemäßen Besoldung senden ein fatales Signal an die Beschäftigten. Wer täglich für die Sicherheit der Bevölkerung einsteht, hat Anspruch auf faire Bezahlung und Entwicklungsperspektiven.

Fehlende Wertschätzung wirkt sich unmittelbar auf Motivation, Leistungsfähigkeit und Personalbindung aus.

6. Risiken im Hinblick auf Großereignisse (Olympia)

Die Einsparungen stehen zudem im Widerspruch zu möglichen Großprojekten wie Olympischen Spielen in Hamburg. Eine unzureichend ausgestattete Polizei würde in diesem Fall auf Unterstützung anderer Bundesländer angewiesen sein – zu erheblichen Kosten. Ein Beispiel einer Hundertschaft und eines Hubschraubers aus Hannover zeigt, dass externe Unterstützung schnell fünfstelligen Beträge pro Einsatz erreichen kann. Einsparungen im eigenen System führen somit lediglich zu höheren Ausgaben an anderer Stelle – bei gleichzeitig geringerer Eigenständigkeit.

Liberaler Alternativen zur Haushaltskonsolidierung

Haushaltsdisziplin ist notwendig – aber sie muss zielgerichtet erfolgen. Aus liberaler Sicht sollten Einsparungen dort erfolgen, wo sie die Leistungsfähigkeit des Staates nicht beeinträchtigen:

- Abbau überbordender Bürokratie und ineffizienter Verwaltungsstrukturen
- Überprüfung freiwilliger Leistungen ohne klaren Mehrwert
- Reduktion ineffektiver Förderprogramme
- Priorisierung von Investitionen nach Kernaufgaben

125. FDP-Landesparteitag, 18. April 2026

Antragsteller:

Felix Strauß, LFA 1

Drs.: A2601/14

Ja
Nein
Enthaltungen

Angenommen
Ja
Nein
Überwiesen

1 Öffnung der Bundeswehr für nicht-deutsche Staatsangehörige

2 Der Landesparteitag möge beschließen:

3 Ein liberales, auf Freiwilligkeit beruhendes Modell zur Stärkung der Verteidigungsfähigkeit
4 und Integration.

5 Angesichts der aktuellen sicherheitspolitischen Lage – insbesondere infolge des russischen
6 Angriffskriegs gegen die Ukraine – steht Deutschland vor einer dramatisch veränderten
7 geopolitischen Realität. Die konventionelle Landes- und Bündnisverteidigung erfordert einen
8 signifikanten Ausbau der infanteristischen Kräfte. Gleichzeitig lehnen wir als FDP Hamburg
9 die Einführung einer allgemeinen Wehrpflicht als nicht zeitgemäß und in einem freiheitlichen
10 Staat unvereinbar ab.

11 Stattdessen schlagen wir vor, dass die Bundeswehr künftig auch nicht-deutsche
12 Staatsangehörige zum freiwilligen Dienst zulassen kann. Diese sollen nach eingehender
13 Sicherheitsüberprüfung in Integrationskompanien gemeinsam mit deutschen Soldatinnen
14 und Soldaten ausgebildet werden – angepasst an deutsche Werte, Recht und
15 Integrationspolitik.

16 1. Stärkung der Verteidigungsfähigkeit ohne Pflichtdienst

17 Der Bedarf an infanteristisch einsetzbaren Soldaten ist angesichts der Entwicklungen
18 in der Ukraine besonders hoch. Moderne Kriege zeigen, dass Hightech allein nicht
19 genügt, sondern robuste, flexible Bodentruppen notwendig bleiben.

20
21 Durch die gezielte Öffnung für Freiwillige aus Drittstaaten kann die Bundeswehr
22 schnell personell verstärkt werden und wäre sofort einsatzfähig – etwa für NATO-
23 Verpflichtungen, Landesverteidigung und Auslandseinsätze –, ohne dabei auf
24 verpflichtende Dienste zurückzugreifen.

25 **2. Legale Einwanderung mit Integrationswirkung**

26 Bewerberinnen und Bewerber aus Drittstaaten erhalten über den Dienst in der
27 Bundeswehr eine klare, geregelte Einwanderungsperspektive mit militärischem
28 Dienst als Gegenleistung.

29 Dieses Modell würde die bestehende irreguläre Migration durch eine legale und
30 strukturierte Alternative ergänzen, mit klaren Anforderungen, Regeln und
31 Integrationsschritten.

32 Die Ausbildung in den Integrationskompanien würde ein strukturiertes Programm aus
33 Sprachförderung, militärischer Ausbildung sowie zivil verwertbarer Berufsausbildung
34 (z. B. Technik, Logistik, IT, Sanitätswesen) umfassen. Dies würde die Integration
35 fördern und Chancen für den zivilen Arbeitsmarkt schaffen.

36 **3. Soziale und wirtschaftliche Effekte**

37 Die Gesellschaft würde von loyalen, disziplinierten und bereits integrierten
38 Zuwanderern profitieren, die über Jahre hinweg nicht nur Sprache und Beruf, sondern
39 auch demokratische Grundwerte vermittelt bekamen.

40 **4. Politische Vorteile gegenüber Wehrpflicht**

41 Im Gegensatz zur Wehrpflicht basiert dieses Modell auf Freiwilligkeit und
42 Eigenmotivation.

43 Die Maßnahme lässt sich schnell gesetzlich umsetzen und flexibel skalieren – auch in
44 Reaktion auf geopolitische Entwicklungen.

45 **Fazit**

46 Die Öffnung der Bundeswehr für freiwillige nicht-deutsche Staatsangehörige und die
47 Einrichtung von Integrationskompanien ist ein moderner, liberaler und pragmatischer Weg,
48 Verteidigungsfähigkeit zu stärken, Integration aktiv zu gestalten und irreguläre Migration
49 durch geordnete Perspektiven zu ersetzen – ganz im Sinne einer weltoffenen,
50 sicherheitsbewussten und zukunftsorientierten Migrations- und Verteidigungspolitik.